

**Gesetz über die öffentliche Statistik (Statistikgesetz, StatG); 1. Beratung**

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SAR Nummern)

Neu:

Geändert: 122.200

Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><b>Gesetz über die öffentliche Statistik (Statistikgesetz, StatG)</b></p>			
	<p><i>Der Grosse Rat des Kantons Aargau,</i></p> <p>gestützt auf die §§ 78 Abs. 1 und 94 Abs. 1 der Kantonsverfassung,</p> <p><i>beschliesst:</i></p>			<div data-bbox="1048 687 1995 935" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p><b>Ergebnis der 1. GR-Beratung vom 16. Mai 2023:</b></p> <p><b>Zustimmung zum Entwurf Regierungsrat ausgenommen:</b>                      - § 12 Abs. 1 (Auskunfts- und Mitwirkungspflicht), Zustimmung Minderheitsantrag KAPF</p> <p>Diverse Prüfungsanträge (vgl. Ergebnis 1. Beratung)</p> </div>

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<b>I.</b>			
	<b>1. Allgemeine Bestimmungen</b>			
	<p><b>§ 1</b> Gegenstand und Zweck</p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die öffentliche Statistik des Kantons.</p> <p><sup>2</sup> Es bezweckt,</p> <p>a) dem Kanton die statistischen Ergebnisse bereitzustellen, die dieser als Entscheidungsgrundlage zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt (Kantonsstatistik),</p> <p>b) die Mitwirkung des Kantons an der Bundesstatistik sicherzustellen,</p> <p>c) der Öffentlichkeit, den Gemeinden, der Wirtschaft und den Sozialpartnern statistische Ergebnisse zur Verfügung zu stellen oder den Zugang zu diesen zu gewährleisten,</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p>d) die Organisation der Kantonsstatistik auf eine effiziente und für die Betroffenen schonende Erhebung und Bearbeitung der Daten auszurichten,</p> <p>e) die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Kantonen, dem Bund und dem Ausland auf dem Gebiet der öffentlichen Statistik zu fördern,</p> <p>f) den Datenschutz betreffend die öffentliche Statistik sicherzustellen.</p>			
	<p><b>§ 2</b> Geltungsbereich</p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz gilt für den Kanton und für Personen, Organisationen sowie öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten, die im Auftrag des Kantons statistische Tätigkeiten ausführen.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>2</sup> Es findet keine Anwendung auf</p> <p>a) Tätigkeiten, die unter Einsatz statistischer Methoden unmittelbar der Planung, der Steuerung, der Erfüllung oder der Überprüfung öffentlicher Aufgaben dienen,</p> <p>b) wissenschaftliche Tätigkeiten von Lehr- und Forschungsinstituten.</p>			
	<p><b>§ 3</b> Begriffe</p> <p><sup>1</sup> In diesem Gesetz bedeuten</p> <p>a) Einzeldaten: Merkmale einer einzelnen Beobachtungseinheit, die neben natürlichen und juristischen Personen jegliche mit Daten erfassbare Einheit umfassen,</p> <p>b) Einzelperson: natürliche oder juristische Person des Privatrechts,</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p>c) statistische Ergebnisse: Erkenntnisse über Eigenschaften und Zusammenhänge von Massenerscheinungen, die aus der Analyse und Verdichtung von Einzeldaten gewonnen werden,</p> <p>d) statistische Daten: Einzeldaten, aggregierte Daten oder Ergebnisse, die für statistische Tätigkeiten benötigt oder durch diese erzeugt werden,</p> <p>e) statistische Tätigkeit: Jede Tätigkeit, die darauf ausgerichtet ist, statistische Ergebnisse zu erzeugen, zu veröffentlichen, aufzubewahren und zu dokumentieren. Dazu gehören insbesondere die Erhebung, Aufbereitung, Verdichtung, Speicherung, Analyse und Interpretation von Daten mit statistischen Methoden,</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p>f) öffentliches Organ: Behörde oder Organisationseinheit des Kantons, der Gemeinden, anderer selbständiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Anstalten sowie Private, soweit sie Staats- oder Gemeindeaufgaben erfüllen.</p>			
	<p><b>§ 4</b> Wissenschaftliche Grundsätze und Methoden</p> <p><sup>1</sup> Statistische Tätigkeiten werden nach anerkannten fachlichen Grundsätzen und wissenschaftlichen Methoden ausgeführt.</p>			
	<p><b>2. Aufgaben, Organisation und Finanzen</b></p>			
	<p><b>§ 5</b> Aufgaben</p> <p><sup>1</sup> Die statistische Tätigkeit des Kantons umfasst einerseits die Mitwirkung des Kantons an der Bundesstatistik und andererseits die Kantonsstatistik.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>2</sup> Die Kantonsstatistik stellt statistische Ergebnisse über Zustand und Entwicklung wichtiger Lebensbereiche, insbesondere über Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Gesundheit, Bildung, Kultur, Raum und Umwelt, bereit.</p>			
	<p><b>§ 6</b> Statistisches Amt</p> <p><sup>1</sup> Das Statistische Amt ist die zentrale und unabhängige Statistikstelle des Kantons. Es ist zuständig für die Kantonsstatistik, berät die Verwaltungseinheiten des Kantons und erbringt statistische Dienstleistungen.</p> <p><sup>2</sup> Es führt alle statistischen Tätigkeiten aus, die sich aus der Mitwirkungspflicht des Kantons an der Bundesstatistik ergeben und für die nicht die weiteren Statistikproduzenten gemäss § 7 zuständig sind.</p> <p><sup>3</sup> Es koordiniert die statistischen Tätigkeiten des Kantons, wenn eine Erhebung der Bundesstatistik Daten aus mehreren Aufgabenbereichen erfordert.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>4</sup> Es kann Sachverständige beiziehen, wenn die Erfüllung seiner Aufgaben besondere Fachkenntnisse erfordert oder mit seinem Personal nicht gewährleistet werden kann.</p>			
	<p><b>§ 7</b> Weitere Statistikproduzenten</p> <p><sup>1</sup> Die öffentlichen Organe des Kantons sind selbst statistisch tätig, soweit sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben auf statistische Ergebnisse angewiesen sind.</p> <p><sup>2</sup> Sie wirken an der Durchführung von Erhebungen der Bundesstatistik mit, wenn die jeweilige Statistik auf Daten aus ihrem Aufgabenbereich angewiesen ist.</p>			
	<p><b>§ 8</b> Kosten Mitwirkung Bundesstatistik</p> <p><sup>1</sup> Kanton und Gemeinden tragen die aus ihrer Mitwirkung an der Bundesstatistik entstehenden Kosten selbst.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<b>3. Datenerhebung</b>			
	<p><b>§ 9</b> Verwendung von Verwaltungs- und Registerdaten</p> <p><sup>1</sup> Für die Kantonsstatistik sind die beim Kanton durch den Rechtsvollzug angefallenen Daten (Verwaltungs- und Registerdaten) sowie öffentlich zugängliche Datenbestände zu verwenden.</p> <p><sup>2</sup> Das Statistische Amt kann Verwaltungs- und Registerdaten, einschliesslich besonders schützenswerte Personendaten, aus den entsprechenden Datensammlungen und Informatikanwendungen abrufen oder sich per Stichtag zustellen lassen. Die Dauer des Abrufs auf Personendaten ist auf ein notwendiges Minimum und auf einen möglichst kleinen Personenkreis zu beschränken.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><b>§ 10</b> Indirekterhebung</p> <p><sup>1</sup> Soweit keine Daten gemäss § 9 Abs. 1 vorliegen, erhebt das Statistische Amt die für die Kantonsstatistik benötigten Daten bei den öffentlichen Organen.</p>			
	<p><b>§ 11</b> Direkterhebung, Beobachtung und Messung</p> <p><sup>1</sup> Lassen sich die erforderlichen Daten nicht aus Datenbeständen gemäss den §§ 9 Abs. 1 und 10 Abs. 1 oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand beschaffen und ist dies zur Vollständigkeit, Repräsentativität, Vergleichbarkeit oder Aktualität einer Statistik erforderlich, kann das Statistische Amt sie durch Befragung von natürlichen und juristischen Personen (Direkterhebung), durch Beobachtung oder durch Messung erheben.</p> <p><sup>2</sup> Direkterhebungen sind in Bezug auf die Anzahl und den Kreis der Befragten auf ein Mindestmass zu beschränken.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>3</sup> Die Befragten sind über den Zweck und die Rechtsgrundlage der Erhebung sowie über eine allfällige Entschädigung zu informieren. Eine allfällige Auskunftspflicht wird durch Entscheid des Statistischen Amtes verfügt.</p>	<p><u>Prüfungsantrag</u> Auf die zweite Beratung ist eine Formulierung vorzulegen, die verständlich macht, wer entscheidet (betrifft jeweils letzten Satz in § 11 Abs. 3 und § 12 Abs. 2).</p>	<p>Zustimmung zum Prüfungsantrag</p>	<p>Zustimmung</p>
	<p><b>§ 12</b> Auskunfts- und Mitwirkungspflicht</p> <p><sup>1</sup> Die öffentlichen Organe sind zur Auskunftserteilung und zur Mitwirkung verpflichtet. Die Gerichte sind von dieser Pflicht ausgenommen.</p>	<p><u>Minderheitsantrag</u> <sup>1</sup> Die öffentlichen Organe sind zur Auskunftserteilung und zur Mitwirkung verpflichtet. [...]</p>	<p>Festhalten</p>	<p><u>Prüfungsauftrag</u> Es ist auf die zweite Beratung aufzuzeigen, wie durch eine sprachliche Neuformulierung von § 12 Abs. 1 sowohl das Bedürfnis der gerichtlichen Unabhängigkeit als auch das Bedürfnis nach statistischen Daten erreicht werden kann.</p> <p>Zustimmung zum Minderheitsantrag KAPF</p>

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>2</sup> Natürliche und juristische Personen können bei Direkterhebungen zur Auskunftserteilung und Mitwirkung verpflichtet werden, wenn die Methode der Erhebung und die Bedeutung der Statistik dies erfordern. Der Regierungsrat genehmigt entsprechende Anordnungen.</p> <p><sup>3</sup> Der Entscheid über die angeordnete Auskunfts- und Mitwirkungspflicht kann mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.</p>	<p><i>vgl. Prüfungsantrag bei § 11 Abs. 2</i></p>		
	<p><b>§ 13</b> Wahrheitspflicht</p> <p><sup>1</sup> Öffentliche Organe sowie natürliche und juristische Personen sind zur wahrheitsgetreuen Auskunftserteilung verpflichtet.</p>			
	<p><b>§ 14</b> Entschädigung</p> <p><sup>1</sup> Auskunftserteilung und Mitwirkung werden nicht entschädigt.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>2</sup> Bei Direkterhebungen kann für aussergewöhnlich grossen Aufwand eine angemessene Entschädigung ausgerichtet werden.</p>			
	<p><b>4. Bearbeitung, Aufbewahrung und Schutz der Daten</b></p>			
	<p><b>§ 15</b> Grundsätze</p> <p><sup>1</sup> Die Statistikproduzenten schützen die Daten durch die erforderlichen und verhältnismässigen organisatorischen und technischen Massnahmen gegen unbefugtes Bearbeiten. Für den Schutz von Personendaten gilt § 12 des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG) vom 24. Oktober 2006 <sup>1)</sup>.</p> <p><sup>2</sup> Das Statistische Amt darf die zur Vorbereitung, Durchführung und Koordination von Erhebungen erstellten Namens- und Adresslisten nur solange aufbewahren, als diese für die genannten Zwecke bearbeitet werden müssen.</p>			

<sup>1)</sup> SAR [150.700](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>3</sup> Material aus Direkterhebungen, das neben den erfragten Angaben Namen oder persönliche Identifikationsnummern der Betroffenen enthält, darf nur vom Statistischen Amt bearbeitet werden. Es ist zu vernichten, sobald die Bearbeitung abgeschlossen ist.</p> <p><sup>4</sup> Das Statistische Amt darf unter Vorbehalt von § 16 Daten nur aufbewahren und archivieren, wenn sie keine Namen oder persönliche Identifikationsnummern der Betroffenen enthalten.</p>			
	<p><b>§ 16</b> Bearbeitung von Einzeldaten</p> <p><sup>1</sup> Das Statistische Amt kann für die Vervollständigung, die Kontrolle und die Aufbereitung erhobener Einzeldaten die erforderlichen personenidentifizierenden Merkmale verwenden.</p> <p><sup>2</sup> Es bearbeitet die aufbereiteten Einzeldaten in pseudonymisierter Form. Es pseudonymisiert sie, indem die Personenbezeichnungen durch einen nichtsprechenden Identifikator ersetzt werden.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>3</sup> Das Statistische Amt anonymisiert die Einzeldaten, sobald deren Bearbeitungszweck dies zulässt, spätestens jedoch 30 Jahre nach ihrer Erhebung. Es anonymisiert sie, indem es personenidentifizierende Angaben und den Identifikator löscht.</p> <p><sup>4</sup> Sind mit einer Statistik Entwicklungen über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren zu untersuchen, anonymisiert das Statistische Amt die Einzeldaten, sobald der Zweck der Statistik erreicht ist. Der Regierungsrat legt diese Statistiken durch Verordnung fest.</p>			
	<p><b>§ 17</b> Datenverknüpfungen</p> <p><sup>1</sup> Das Statistische Amt darf Daten miteinander verknüpfen.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>2</sup> Es verwendet hierfür systematisch die Versicherungsnummer gemäss Art. 50c des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) vom 20. Dezember 1946 <sup>1)</sup> oder andere Identifikatoren als Verbindungsschlüssel.</p> <p><sup>3</sup> Vor der Verknüpfung von Personendaten, die unterschiedliche Bereiche oder Zeitpunkte abdecken, ersetzt das Statistische Amt Personenangaben durch einen nichtsprechenden Identifikator.</p> <p><sup>4</sup> Werden besonders schützenswerte Personendaten verknüpft, oder ergeben sich aus der Verknüpfung Persönlichkeitsprofile, sind die verknüpften Daten nach Abschluss der statistischen Auswertungsarbeiten zu löschen.</p>			

---

<sup>1)</sup> SR [831.10](#)

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><b>§ 18</b> Zweckbindung</p> <p><sup>1</sup> Zu statistischen Zwecken erhobene Daten gemäss den §§ 9–11 dürfen ausschliesslich für die Bundes- und Kantonsstatistik verwendet werden. Sie sind dem Staatsarchiv nicht anzubieten.</p> <p><sup>2</sup> Die Verwendung zu einem anderen Zweck ist nur zulässig, wenn sie in einem Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist oder die betroffenen Personen zustimmen.</p> <p><sup>3</sup> Stellt das Statistische Amt an den erhobenen Daten Mängel fest, meldet es diese dem öffentlichen Organ, bei dem diese Daten ihren Ursprung haben.</p>			
	<p><b>§ 19</b> Statistikgeheimnis</p> <p><sup>1</sup> Mit statistischen Tätigkeiten betraute Personen müssen alle Daten über natürliche und juristische Personen geheim halten, die sie bei ihrer Arbeit wahrnehmen. Diese Pflicht gilt auch nach Beendigung der Tätigkeit.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>2</sup> Werden verwaltungsexterne Personen mit statistischen Tätigkeiten betraut, sind sie vertraglich auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses gemäss Absatz 1 zu verpflichten.</p>			
	<p><b>§ 20</b> Weitergabe von Einzeldaten</p> <p><sup>1</sup> Das Statistische Amt kann für nichtkommerzielle Zwecke der Forschung und Wissenschaft Einzeldaten in anonymisierter Form an Organisationen und Institutionen ausserhalb der kantonalen Verwaltung weitergeben, wenn daraus keine Rückschlüsse auf Einzelpersonen möglich sind.</p> <p><sup>2</sup> Das Statistische Amt darf mit Genehmigung des Regierungsrats Adressdaten für Befragungen zu statistischen Zwecken weitergeben.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>3</sup> Den Organisationen und Institutionen sind durch Vertrag sinngemäss die Pflichten gemäss den §§ 15 Abs. 1, 18 Abs. 1 und 2, 19 Abs. 1, 21 sowie 22 Abs. 1 aufzuerlegen. Zudem sind sie vertraglich zur unwiderruflichen Löschung der Daten nach Erfüllung des Bearbeitungszwecks, spätestens aber nach fünf Jahren, zu verpflichten.</p>			
	<p><b>5. Veröffentlichungen und Dienstleistungen</b></p>			
	<p><b>§ 21</b> Veröffentlichungen</p> <p><sup>1</sup> Die Statistikproduzenten veröffentlichen ihre statistischen Ergebnisse objektiv und unparteilich. Nicht veröffentlichte Ergebnisse werden auf geeignete Weise zugänglich gemacht.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><sup>2</sup> Unter Vorbehalt einer gesetzlich vorgeschriebenen Veröffentlichung dürfen die Ergebnisse keine Rückschlüsse auf die Verhältnisse von Einzelpersonen ermöglichen, welche die betroffene Person nicht schon allgemein zugänglich gemacht hat.</p> <p><sup>3</sup> Die Statistikproduzenten geben bei statistischen Ergebnissen Begriffsdefinitionen an und dokumentieren Erhebungs- und Auswertungsmethoden.</p>			
	<p><b>§ 22</b> Verwendung</p> <p><sup>1</sup> Veröffentlichte oder zugänglich gemachte statistische Ergebnisse können mit Quellenhinweis ohne urheberrechtliche Bewilligung unentgeltlich verwendet und wiedergegeben werden.</p> <p><sup>2</sup> Der Regierungsrat kann für die Verwendung oder Weitergabe zu Erwerbszwecken durch Verordnung eine Bewilligungs- und Gebührenpflicht vorsehen.</p>	<p><u>Prüfungsantrag</u> Auf die 2. Beratung ist die Verordnung zu § 22 Abs. 2 oder zumindest eine Beschreibung in den Materialien vorzulegen.</p>	<p>Zustimmung zum Prüfungsantrag</p>	<p>Zustimmung</p>

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<p><b>§ 23</b> Übrige Dienstleistungen</p> <p><sup>1</sup> Das Statistische Amt kann im Auftrag der Verwaltungseinheiten des Kantons und für öffentlich-rechtliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie für vom Kanton beherrschte privatrechtliche Institutionen statistische Tätigkeiten gegen kostendeckende Entgelte erbringen.</p> <p><sup>2</sup> Es kann im Rahmen seiner Möglichkeiten und mit Zurückhaltung für Personen und Organisationen ausserhalb der Kantonsverwaltung bereits bei ihm vorhandene Daten gegen Gebühr auswerten.</p>			
	<p><b>6. Schlussbestimmung</b></p>			
	<p><b>§ 24</b> Inkrafttreten</p> <p><sup>1</sup> Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.</p>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	II.			
	Der Erlass SAR <a href="#">122.200</a> (Gesetz über die Register und das Meldewesen [Register- und Meldegesetz, RMG] vom 18. November 2008) (Stand 1. September 2021) wird wie folgt geändert:			
<p><b>§ 21</b> Zugriff und Datenbekanntgabe a) An öffentliche Organe</p> <p><sup>1</sup> Die kantonalen und kommunalen öffentlichen Organe dürfen vom kantonalen Einwohnerregister diejenigen Daten abrufen oder sich diejenigen Mutationen zustellen lassen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Das zuständige Departement teilt auf begründeten Antrag der öffentlichen Organe die Nutzungsberechtigungen zu.</p> <p><sup>2</sup> Einwohnerkontrollen und die für die Objektverwaltung zuständigen Stellen dürfen auf alle ihre eigene Gemeinde betreffenden Daten Zugriff nehmen und diese auf eigenen Datenträgern speichern.</p>				

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
<p><sup>3</sup> Besonders schützenswerte Personendaten dürfen nur abgerufen werden, wenn dies durch ausdrückliche gesetzliche Vorschrift erlaubt ist.</p> <p><sup>4</sup> Anerkannte Landeskirchen und Kirchgemeinden dürfen die Daten von Angehörigen ihrer Konfession abrufen oder sich die entsprechenden Mutationen zustellen lassen.</p> <p><sup>5</sup> Der für die Erstellung von Statistiken zuständigen kantonalen Behörde dürfen alle, auch besonders schützenswerte, Personendaten im Abrufverfahren bekannt gegeben werden, wenn die Voraussetzungen von § 19 IDAG eingehalten sind.</p> <p><sup>6</sup> Der Zugriff auf das kantonale Einwohnerregister ist unentgeltlich.</p>	<p><sup>5</sup> [...] Dem Statistischen Amt werden alle, auch besonders schützenswerte, Personendaten im Abrufverfahren bekannt gegeben [...] .</p>			
	<b>III.</b>			
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>			

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 18. Januar 2023	Abweichende Anträge der Kommission KAPF vom 20. März 2023	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 16. Mai 2023
	<b>IV.</b>			
	Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten der Änderungen unter Ziff. I und II.			
	Aarau, Präsident des Grossen Rats Protokollführerin			